

Positionspapier der AfB NRW

Derzeit kann niemand abschätzen, wie viele Flüchtlinge Deutschland in diesem und in den nächsten Jahren erreichen werden. Die Prognosen des Bundes werden ständig nach oben korrigiert. Derzeit werden 800 Tsd. für 2015 prognostiziert. Es können aber auch noch deutlich mehr werden. Im Rahmen des „Königsteiner Schlüssels“ muss NRW Flüchtlinge aufnehmen. In diesem Jahr werden in NRW mehr als 200.000 Asylsuchende erwartet. Das bedeutet, dass mindestens 40-50 Tsd. Kinder/Jugendliche in NRW versorgt werden müssen. Auch die Zahl der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge steigt ständig. Alleine in 2014 kamen mehr als 2200 nach NRW.

Diese große Herausforderung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, alle politischen Ebenen sind gefordert. Ohne die Hilfe der unzähligen ehrenamtlichen Helfer könnten wir die Aufgabe nicht bewältigen. Die Kommunen, die Kirchen und die Wohlfahrtsverbände bringen sich über die Maßen hier ein. Ihnen allen möchten wir ausdrücklich auch für den persönlichen Einsatz danken.

Für die Versorgung der Flüchtlinge braucht es auch die finanzielle, organisatorische und strukturelle Unterstützung des Landes und des Bundes.

Die Belastungen für die Kommunen sind mit der Aufnahme, der Versorgung und der Integration sehr hoch. Die zeitlich angepasste Regelung zum FlüAG enthaltende Stichtagsregelung wird zu einer weiteren finanziellen Entlastung der Kommunen führen. Schon für das laufende Haushaltsjahr 2015 können die nordrhein-westfälischen Kommunen mit einem zusätzlichen Pauschalbetrag von rund 217 Millionen Euro rechnen.

Der Bund muss sich künftig strukturell, dynamisch und dauerhaft an den Kosten der Unterbringung, Versorgung und an den Gesundheitskosten beteiligen. Das Land NRW hat als erstes Flächenland den Kommunen einen Rahmenvertrag für die Einführung einer Gesundheitskarte angeboten. Damit kann die gesundheitliche Versorgung für die Flüchtlinge geregelt werden. Die Krankenkassen haben diesem Vertrag zugestimmt.

Eine Entlastung wird es aber nur dann geben, wenn der Bund die Asylverfahren zügig durchführt. Das bringt auch den Asylsuchenden Sicherheit und Perspektive. Eine Verkürzung der zu langen Asylverfahren würde auch die Kommunen erheblich entlasten.

Eine gelingende Integration setzt Bildung voraus.

Flüchtlingskinder müssen möglichst schnell Zugang zu unserem Bildungssystem erhalten. Voraussetzung dafür sind genügend Angebote im Elementarbereich. Die Kommunen sind dabei zu unterstützen, diese Angebote zu schaffen. Wo dies nicht möglich ist, sollen in Zusammenarbeit mit den Kommunen, den Kirchen und den Wohlfahrtsverbände Brückenprojekte angeboten werden, die eine frühzeitige Bildung für Familien und Kinder ermöglichen. Die Kommunen benötigen dafür schnelle und unkomplizierte Hilfe. Dazu muss mehr Personal eingestellt und zusätzliche Plätze geschaffen werden.

Dem Anstieg der Schülerzahlen ist durch die Einstellung von mehr Lehrerinnen und Lehrern zu begegnen. Dies muss kurzfristig noch im Jahr 2015 erfolgen. Es hat bereits zwei Nachträge zum Haushalt 2015 gegeben. Insgesamt wurden 974 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Auch weiterhin muss das Land die Lehrerstellen an der tatsächlichen Entwicklung der Flüchtlingszahlen anpassen. Dies muss unkompliziert über Haushaltsnachträge auch zukünftig erfolgen

Ab dem 1.2.2015 sind die OGS-Pauschalen für Flüchtlingskinder erhöht worden. Eine weitere Aufstockung der OGS-Plätze muss bedarfsgerecht erfolgen.

Bei der Versorgung der Flüchtlingskinder ist durch die Etablierung von klaren Strukturen vor Ort für eine Nachhaltigkeit zu sorgen.

Dazu gehört:

- Qualifizierte Beratung der Kommunen
- Vermeidung von Brennpunktbildungen
- Beratung von Flüchtlingen und deren Unterstützung bei Behördengängen, bei der Wohnungssuche, etc.
- Vernetzung mit allen Bildungs- und Unterstützungseinrichtungen
- Einsatz von Sozialarbeitern und Dolmetschern
- Aktivierung von pensionierten Lehrer/innen
- Schaffung von Verbindlichkeit in Ehrenamtsstrukturen, dazu soll ein Förderprogramm aufgelegt werden, dass an die positiven Erfahrungen des Ehrenamtsprogramm anknüpft
- Einbeziehung der kommunalen Integrationszentren und Erhöhung der Personalpauschale
- Kommunen müssen bei der kindeswohlgerechten Versorgung und Betreuung von unbegleiteten minderjähriger Flüchtlinge unterstützt werden
- Minderjährige Flüchtlingen müssen mit Hilfe der Jugendarbeit und Jugendhilfe Integrationsangebote gemacht werden
- Schnelle Anerkennung von Schulabschlüssen und die Möglichkeit zum Erwerb von aufbauenden Abschlüssen
- Angebote für den Spracherwerb, auch mit dem Angebot der Kinderbetreuung
- Unterstützung der Weiterbildungsträger, um jungen Menschen einen Anschluss an das Bildungssystem und an das berufliche System zu ermöglichen

Die Hochschulen haben ebenfalls wichtige Unterstützungsfunktionen. Sie sind gefordert bei der Anerkennung von Studienleistungen und der Möglichkeit, ein Studium bei uns fortzusetzen oder aufzunehmen.

Junge Menschen müssen ebenfalls schnell einen Zugang zum Arbeitsmarkt finden und Ausbildungsverhältnisse eingehen können. Die Mittel für die Weiterbildung sind der tatsächlichen Nachfrage anzupassen.

Es bleibt auch zukünftig Aufgabe der SPD, sich für ein Einwanderungsgesetz einzusetzen. Nur wenn es uns gelingt, die richtigen Rahmenbedingungen für eine geregelte Einwanderung und Integration der Zuwanderer zu schaffen, werden wir die Akzeptanz in unserer Bevölkerung dauerhaft finden und unsere Gesellschaft zukunftsfähig machen.